

http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Politik/347431/Rechnungshof-prueft-CDU-Wahlkampfschreiben.html

Verdacht der unzulässigen Parteiwerbung - 24.03.2011

Rechnungshof prüft CDU-Wahlkampfschreiben

Von Wigbert Gerling

Bremen. Die CDU hat die Blicke des Rechnungshofs auf sich gezogen. Grund ist eine Postsendung, die die Christdemokraten nach eigenen Angaben an rund 40000 Haushalte geschickt haben. Zu dem Brief, der als Absender die christdemokratische Bürgerschaftsfraktion ausweist, gehört oben rechts ein Foto der Spitzenkandidatin der Partei, Rita Mohr-Lüllmann. Ist damit die Trennlinie zwischen der Parteiarbeit, die sich aus freiwilligen Spenden und Mitgliedsbeiträgen speist, und der Bürgerschaftsfraktion verwischt, die hohe Beträge aus der Steuerkasse bekommt?

Empfehlen

0



© dpa

Rita Mohr-Lüllmann,
Spitzenkandidatin der Bremer CDU.

Bettina Sokol, Präsidentin des Landesrechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen, hat sich der Angelegenheit angenommen. "Wir haben das aufgegriffen und die CDU angeschrieben," erklärte sie. Die Christdemokraten hätten damit nun die Gelegenheit, eine Stellungnahme abzugeben.

Geld vom Steuerzahler für die Arbeit der Parlamentsfraktionen - Geld aus dem Kreis

der Mitglieder für Initiativen ihrer Partei: diese Schnittstelle gilt stets als heikel. Es soll ausgeschlossen werden, dass Mittel aus dem öffentlichen Haushalt zugunsten einer Partei umgelenkt werden, so die Allgemeinheit zur Kasse gebeten wird und damit auch alle zahlen, die die Zielsetzungen der Partei nicht unterstützen.

Deshalb gelten bundesweit strenge Vorgaben, um die Verwendung von Steuergeld in der politischen Arbeit zu definieren. In Paragraph 40 des bremischen Abgeordnetengesetzes heißt es, die Fraktionen hätten "zur Erfüllung ihrer Aufgaben Anspruch auf Geld- und Sachleistungen" aus der öffentlichen Kasse. Ausdrücklich wird dann hinzugefügt: "Eine Verwendung für Parteiaufgaben ist unzulässig."

Die Summen, die aus der Steuerkasse an die Fraktionen gehen, setzen sich zusammen unter anderem aus einem jährlichen Grund- und einem "Kopfbetrag" je nach Größe der Abgeordnetenriege. In der aktuellen Berechnung für 2011 sind für die CDU Fraktionszuschüsse von gut 1,3 Millionen Euro ausgewiesen.

Kostenstelle Fraktion, aber geworben wird für die Spitzenkandidatin der Partei? Dies hat den Landesrechnungshof aufmerksam gemacht. Und in Parlamentskreisen - die christdemokratischen nicht ausgenommen - werden hinter den Kulissen immer neue Details genannt, die darauf hindeuten sollen, dass diese CDU-Postwurfsendung der Fraktion politisch delikater sei.

Das Thema der CDU-Fraktion in dem Brief: "Schluss mit dem rot-grünen Verkehrschaos!" Dabei wird beispielsweise als irritierend eingestuft, dass diese Post aus der Bürgerschaftsfraktion nicht vom Vorsitzenden Thomas Röwekamp unterzeichnet sei, sondern von der Spitzenkandidatin der Partei, die in der Fraktion lediglich die Stellvertreterfunktion habe. Es sei auch eine Ungereimtheit, dass Rita Mohr-Lüllmann abgebildet sei, obwohl sie beim Thema Verkehrspolitik bisher allenfalls verhalten in Erscheinung getreten sei. Flankiert wird dies mit einem Verweis auf die Internet-Seite der CDU. Dort wird diese Aktion "Langsam reicht's" eigens mit Video und Bildergalerie vorgestellt. Kommentare gibt es dazu vom verkehrspolitischen Sprecher, Heiko Strohmann, oder auch von der Abgeordneten Elisabeth Motschmann - Rita Mohr-Lüllmann taucht nicht auf.

CDU-Sprecher Gunnar Meister erklärte, solche Kampagnen dienten ausschließlich dazu, die Positionen der Fraktion deutlich zu machen. Und Aktionen dieser Größenordnung seien "natürlich an der Spitze angesiedelt". Deshalb die Unterschrift von Mohr-Lüllmann unter dem Brief. Und die Verkehrspolitik, so ergänzte er, sei für die Christdemokraten seit Wochen und Monaten ein bestimmendes Thema, das die Fraktion bereits mit Initiativen und Presseerklärungen unterlegt habe.